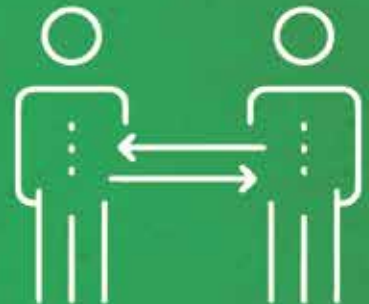


BlattGRÜN

GRÜNE Ratsfraktion Oberhausen

AUSGABE 01/2020



GRÜNE Kommunalpolitik während der
CORONA-PANDEMIE



ABSTANDHALTEN ZUSAMMENHALTEN

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Corona-Pandemie erzeugte den Ausnahmezustand – global und auch vor Ort. Eines scheint seitdem unbestritten: Corona wirkt wie ein Brennglas auf die Schwächen und Probleme unseres Systems: vom Pflegenotstand über Berufe, die sonst wenig Anerkennung, vor allem durch zu geringere Bezahlung erfahren, dann aber quasi über Nacht als systemrelevant erkannt werden, bis hin zu den Konsequenzen einer sich im Dornröschenschlaf befindlichen Digitalisierung, vor allem an deutschen Schulen. Wie ein Tsunami schwappte das Defizitäre aus allen Bereichen über die Gesellschaft.

Insbesondere zu Beginn der Pandemie offenbarte sich solidarischer Zusammenhalt, gespeist durch die Leitlinie des Gesundheitsschutzes. Solidarität und Menschlichkeit sind nach wie vor die Grundpfeiler, auf denen die Bewältigung dieser Krise stehen muss.

Wie alle Krisen birgt diese Chancen. Auch wenn zurzeit keine*r die Auswirkungen unumstößlich darlegen kann, so können wir aber bereits heute klar benennen, was in unmittelbarer Zukunft geändert werden muss.

Gerade die, die in unserer Gesellschaft meist nicht „gesehen“ wurden, haben nun ein Gesicht: von Erntehelfer*innen und Menschen, die in Fleischfabriken arbeiten, über Kassierer*innen bis zu Reinigungskräften und Pfleger*innen. Nicht zuletzt der gelebte, oft ungerechte Unterschied zwischen den Geschlechtern ist nun demaskiert, durch die vielen Frauen, die nicht nur in schlecht bezahlten Care-Berufen, sondern auch in vielen Familien alles am Laufen halten. All jene dürfen nach der Krise nicht wieder ungesehen sein!

Covid-19 strahlt in alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens hinein. Diese Erfahrung mussten wir in den letzten Wochen teils schmerzlich machen. Mit der vorliegenden Ausgabe vom BlattGRÜN möchten Mitglieder der Oberhausener Ratsfraktion mit Ihnen zusammen den Blick weiten und offenhalten. So finden sich auf den folgenden Seiten Gedanken und Positionen, die zwar ihren Ausgang in der Corona-Pandemie nehmen, aber in den jeweiligen Politikfeldern münden.

Sollten Sie sich durch das eine oder andere Thema angesprochen fühlen, scheuen Sie sich nicht, mit uns in Kontakt zu treten, auch wenn wohlmöglich nur mit Abstand.



So verbleibe ich mit GRÜNEN Grüßen

Andreas Blanke
Fraktionssprecher

-
- 3 editorial**
 - 4 umwelt und klima**
 - 5 gleichstellung und soziales**
 - 6 kinder und jugend**
 - 7 schule**
 - 8 kultur**
 - 9 finanzien**
 - 10 bewerbung olympische spiele**
 - 11 aus dem dezernat**
-

Krisen benötigen Vorbeugung und Lösungen. Während dies in der Corona-Krise hierzulande mittlerweile in Teilen gelungen ist, scheint es für die Klimakrise zu spät zu sein.

Globale Strategien und lokales Handeln haben Wissenschaftler*innen beim Klimaschutz schon vor Jahren eingefordert, politisch hat sich aber bisher leider viel zu wenig getan. Erst die Fridays for Future-Bewegung hat dafür gesorgt, dass klimaschädliches Verhalten wieder ganz oben auf der Tagesordnung der Politik steht. Das scheint nun vorbei zu sein.

Tagespolitik unterliegt einem sehr schnellen Wandel und dabei ist der Weg in die Klimakatastrophe vorgezeichnet, wenn sich nichts tut.

Der Shutdown durch Corona führt uns vor Augen, wie blau der Himmel ohne Kondensstreifen ist, wie leer Autobahnen, wie leise Städte sein können, aber es wird so nicht bleiben. Das Wirtschaftswachstum wird für die nächsten Jahre bereits wieder eingefordert, ohne dass dabei ein Umdenken stattfindet.

Man stelle sich einmal vor: Der nächste Hitzesommer bricht an und zack werden alle Kohlekraftwerke stillgelegt. Autos mit Verbrennungsmotor dürfen nur noch unter strengen Auflagen gefahren werden. Fassaden und Dächer werden im Akkord begrünt, längst vergessene Wasserläufe mäandern plötzlich durch Städte...

Für viele Menschen ist die Gefahr durch das Corona-Virus abstrakt, nur vorstellbar durch Auswirkungen wie Kontaktsperre, Ladenschließungen, Homeoffice und schreckliche Nachrichten, verstärkt durch Bilder aus Frankreich, Spanien, Italien und den USA.

Und die Klimakatastrophe: Wieder ein Winter ohne Schnee mit zu hohen Temperaturen; dann Wochen ohne Regen, die das nächste Dürrejahr einläuten, Bäume verdursten lassen und Brände begünstigen; ein April unter azurblauem Himmel, die hohen Temperaturen und die Trockenheit des letzten Sommers noch immer in Erinnerung – so und ähnlich ist die Klimakrise hingegen für uns alle direkt erfahrbar.



Wir GRÜNEN setzen uns deshalb nach wie vor für saubere Energie, also den Ausbau der Erneuerbaren ein, deren Energie aber nicht durch schlecht gedämmte Hausfassaden und -dächer verpuffen darf.

Wir wollen eine echte Verkehrswende – weg vom motorisierten Individualverkehr, hin zu Ausbau und Verbesserung der Fuß- und Radwege und einem starken ÖPNV für alle. Große Städte wie Brüssel haben uns vorgemacht, wie die Corona-Krise sich positiv auf die Klimakrise auswirken könnte, indem Menschen zu Fuß oder auf dem Rad im Stadtzentrum vor dem motorisierten Verkehr Vorrang haben. Dafür wurden dort ganze Fahrspuren umgewidmet.

Sowohl den Klimawandel als auch die Maßnahmen dagegen gibt es nicht zum Nulltarif. Die Kommunen müssen finanziell viel stärker als bisher dabei unterstützt werden, die Folgen der Klimakrise abzufangen und den Klimaschutz voranzubringen.

Denn: Ohne das Engagement der Kommunen sind die Klimaziele des Pariser Abkommens nicht zu erreichen!

Norbert Axt
umweltpolitischer Sprecher



Foto: Armin Röpell

Fast 20.000 Oberhausener Arbeitnehmer*innen befanden sich im April bedingt durch die Corona-Krise in Kurzarbeit. Viele andere arbeiten im Homeoffice. Eine besondere Umstellung stellt das für Familien dar, die für die ganztägige Betreuung und das Home-schooling ihres Nachwuchses nun zuständig sind. Dass Frauen noch lange nicht vollständig gleichgestellt sind, zeigt sich im Ausnahmezustand mit voller Bandbreite.

Weiterhin sind es die Männer, die in der Regel das höhere Einkommen erhalten. Die Wirkung ist bekannt: Was in Vor-Corona-Zeiten zu Teilzeit bei Frauen führte, die somit das vermeintlich zeitliche Potenzial haben, auch die Versorgungsarbeit zu leisten, führt sich während Covid-19 weiter fort, aber gravierender. Das wird durch Studien vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), des Sozio-oekonomischen Panels und der Mannheimer Corona-Studie belegt. Die Rollenverteilung zwischen Müttern und Vätern driftet bis

in die Generation der Großeltern zurück. Mütter ziehen sich vermehrt aus der Erwerbstätigkeit zurück. Oft nur in Teilzeit arbeitend, reduzieren sie weiter. Die Zeit, die sie für Kinder, Hausarbeit oder Pflege von Angehörigen verwenden, erhöht sich hingegen. Ein echter Karriere-Killer. Bei den Männern, den Erhebungen folgend, ist der Rückzug weitaus weniger festzustellen.

Welche Folgen diese Entwicklung mit sich bringen wird, zeichnet sich schnell ab. Daher gilt es, dem - weitaus stärker als bisher - entgegenzuwirken. Neue Arbeitszeitmodelle müssen für Frauen und Männer nicht finanziell sanktioniert und auf tatsächliche Vereinbarkeit ausgerichtet werden. Tariflich müssen die Care-Berufe so angeglichen werden, dass sie sich sowohl für Frauen als auch Männer lohnen. Zudem entsteht der Effekt, dass diese Arbeit dann dauerhaft den gesellschaftlichen Stellenwert erhält, den sie durch die Pandemie erfuhr.



Der Shutdown verstärkt Auswüchse sozialer Ungleichheit. Familien in engen Mietwohnungen erfahren noch einmal ganz andere Belastungen. Die Furcht vor enormer Zunahme häuslicher Gewalt und die Schwierigkeiten, diese überhaupt wahrnehmen zu können, erfasste neben den Betroffenen, auch die, die in sozialen Berufen unterwegs sind. Unterm Strich ein Beleg dafür, dass im sozialen Bereich nicht gespart werden darf – weder mit noch ohne Covid-19. Die gesellschaftlichen Folgekosten sind hinlänglich bekannt, wenn Suchtkranken die Anlaufstellen wegbrechen, wenn privat Insolvente und Langzeitarbeitslose keine Beratung erhalten, wenn Alleinerziehende doppelt und dreifach alleingelassen werden. Hier muss die Kommune verstärkt den Blick auf die freiwilligen denn nur auf die Pflichtleistungen legen. Der Staatshaushalt ist dankenswerterweise proppenvoll, sodass Berlin aufgrund der Pandemie an vielen Stellen hilft. Dieses Potenzial, wenn auch nach Corona geschmälert, muss weiter im Sozialen eingesetzt werden und den Abschied von der schwarzen Null voranbringen.

Steffi Opitz
sozial- und gleichstellungspolitische Sprecherin



Prävention und Unterstützung sind zentrale Schlüsselbegriffe in der Kinder- und Jugendhilfe und das auch schon vor der Corona-Pandemie.

Die vergangenen Monate zeigen deutlich, wie empfindlich das System ist, da vieles auf Kante genäht ist. Nun wirkt nicht „nur“ das Defizit fehlender Betreuungsplätze, sondern, durch Corona offengelegt, die mehrfache Systemrelevanz der Einrichtungen und ihres Personals. Da mutet es nachdrücklich befremdlich an, dass Berufsgruppen beklatscht, aber nicht angemessen für ihre Arbeit bezahlt werden. Die Stadt muss als Arbeitgeberin, so schnell wie möglich, als Vorbild vorangehen und die Bezahlung dieser Berufsgruppe derart anpassen, dass sich ihre gesellschaftliche Gewichtung widerspiegelt und - als wichtiges Nebengeräusch - auch für Männer attraktiver wird.

Bei den aktuellen Diskussionen über Lockerungsmaßnahmen des sogenannten „Lockdowns“, ist der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung zu Recht weiterhin vorrangiges Ziel.

Doch die Debatten der letzten Wochen wurden sehr stark aus der Perspektive von Erwachsenen geführt. Dabei fehlt aber eine zentrale Perspektive – die der Kinder. Alle Maßnahmen haben direkte – und manchmal massive – Auswirkungen auf Kinder. Ihre Interessen und Bedürfnisse dürfen aber auch in Krisenzeiten nicht aus dem Blick geraten. Kinder haben Rechte: auf Schutz, Förderung, Beteiligung und Teilhabe, auf Gesundheit, soziale Sicherheit, Bildung sowie auf Ruhe und Freizeit, Spiel und Erholung. Diese Rechte gelten auch in der derzeitigen Ausnahmesituation. Chancenungleichheiten dürfen sich nicht weiter verstärken. Wir dürfen kein Kind zurücklassen. Kinder in verletz-

lichen Lebenslagen, beispielsweise Kinder, die in Armut oder hochkonfliktreichen Situationen aufwachsen, geflüchtete Kinder und Kinder mit Behinderungen oder einer psychischen Erkrankung bedürfen dabei einer erhöhten Aufmerksamkeit.

Sehr spät erst rückte rund um Corona der Schutz der Kinder und Jugendlichen ins öffentliche Bewusstsein. Langsam kam der Diskurs durch Brandmeldungen, wie von sozialen Trägern, ins Rollen. Die dort Beschäftigten können aufgrund der Kontaktsperre nicht wie gewohnt ihrer Arbeit nachgehen. Dadurch erhöht sich u.a. die Gefahr unentdeckter häuslicher und sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen. Bereits jetzt sind Kinder aus armen Verhältnissen sozial häufiger isoliert, gesundheitlich beeinträchtigt und in ihrer gesamten Bildungsbiografie deutlich belasteter als Kinder in gesicherten Einkommensverhältnissen. Durch die Kita- und Schulschließungen werden sie in ihrer Entwicklung noch einmal zurückgeworfen. Kinder, die von ihren Eltern beim Lernen nicht unterstützt werden können, leiden doppelt, wenn Kita oder Schule als fester Anker im Alltag nicht mehr greifen. Hausaufgabenhilfe, Lernförderung, soziale Kontakte und gemeinsames Spielen kommen gerade in jenen Familien zu kurz, in denen Laptops oder technisches Wissen fehlen, die Eltern die Sprache nicht gut genug sprechen oder Mütter und Väter schlicht keine Zeit haben, weil sie zwischen Arbeitsplatz, Homeoffice und Haushalt selbst rund um die Uhr eingespannt sind.

Der in weiten Teilen wegfallende Schutz dieser Betroffenen war Weckruf, dass insgesamt den jüngsten und



jungen Menschen unserer Gesellschaft auch in der Krise eine Lobby fehlt. Da werden erst Möbelhäuser statt Spielplätze geöffnet.

Gerade Bewegung und Spiel, als essentielle Bestandteile der Entwicklung, sind für viele Kinder seit Monaten nicht ausreichend möglich. Somit muss nicht nur der wirtschaftliche, sondern auch der zukünftige gesellschaftliche Schaden, den Covid-19-Folgeerscheinungen bei den zukünftigen Erwachsenen hinterlassen könnte, genau beleuchtet werden.

Kinder und Jugendliche sind strukturell abhängig. Deshalb verbietet sich das Wegschauen. Der einzige Weg ist der des Angebots. So braucht es Schutzausrüstung für die Mitarbeiter*innen der Kinder- und Jugendhilfe sowie einen schnellen Ausbau telefonischer und digitaler Betreuungsangebote. In Fällen häuslicher und sexualisierter Gewalt müssen Kinder weiterhin Anlaufstellen erreichen können.

Sebastian Girrullis
jugendpolitischer Sprecher

Wir GRÜNEN wären nicht so kurzfristig zu behaupten, dass der Bereich Schule, der am schwersten betroffene durch die Corona-Krise sei, aber wir sagen, dass sich in diesem Bereich, mehr als verträglich, die Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit sowie die längst bekannten Schwächen des Systems durch das Virus gnadenlos zeigen.

Vom Abschlusschaos bis hin zu weitestgehend alleingelassenen Schulleitungen und Lehrkräften reicht das Desaster. Die Krone setzte CDU-Ministerpräsident Laschet dem Ganzen auf, als er in einer Fernseh-Talkshow über die kommunale Selbstverwaltung feststellte: „Ich hab mich auch gewundert, dass man nach Ostern sagt, wir werden nächste Woche die Abiturienten wieder in die Schule kommen lassen, und dann alle sagen: Aber da sind wir gar nicht drauf vorbereitet.“

Wir konnten in Oberhausen beobachten, wie sich stetig bemüht wurde, Vorbereitungen zu treffen und das unter mehrfach widrigen Umständen.

Schließlich verbreiten teils alle paar Stunden eintreffende Rundmails des Landes mit neuen Anweisungen immer wieder Chaos. Da kann sich nur noch gefragt werden, worauf der Schulträger denn konkret vorbereiten sollte?

Ein weiteres großes Problem: Die seit Jahren in Lethargie verfallenen Bestrebungen in Sachen Digitalisierung rächen sich dabei schwerwiegend. Fehlende Fortbildungen im Digitalen für Lehrkräfte und eine rudimentäre Ausstattung sowohl bei Schülerinnen und Schülern als auch Lehrkräften trafen mit voller Bandbreite die ohnehin allzu deutlich sichtbare soziale Ungleichheit, die das Schulsystem befördert.

In Oberhausen kämpfen wir seit Jahren für den Breitbandausbau an allen Schulen, der nun endlich in Gang kommt. Ein Tablet oder Notebook für **alle** schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen bleibt aber wohl weiterhin Zukunftsmusik. Dabei ist allen Beteiligten klar, dass eine technische Grund-



ausrüstung das A und O ist und sich weder am Bankkonto der Eltern noch an deren privater Auffassung, wem welches digitale Endgerät in der Familie zusteht, ausrichten darf. Unter diesen Bedingungen wurden unsere Kinder quasi über Nacht ins Homeschooling entlassen, das auch Heerscharen zu Recht überforderter Eltern produzierte. Die dort vorherrschenden Qualitätsunterschiede begleiten seitdem die Betroffenen.

Wäre der chancenreiche Prozess der Digitalisierung in unserer Stadt nicht leblos betont und zögerlich geplant, sondern in seiner unbedingten Notwendigkeit – auch ohne Covid-19-Pandemie – erkannt und stringent umgesetzt worden, wären uns viele Frustrationen erspart geblieben. Aber Schluss mit Konjunktiven: Das System Schule – zudem der Schulträger ebenfalls zählt – muss sich ab sofort als lernfähig herausstellen, genauso wie es der Anspruch an die darin zu Unterrichteten vorsieht.

Sandra Gödderz
schulpolitische Sprecherin



Als erstes geschlossen, als letztes wieder geöffnet – das sind die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf die Kultur. Dabei zeigt sich gerade die Kunst- und Kulturszene – wie könnte es auch anders sein – von Beginn an sehr kreativ, das menschliche Bedürfnis nach Kunst und Kultur weiter zu befriedigen.

Für Oberhausen seien an dieser Stelle nur einige Beispiele genannt: das Online-Festival der 66. Internationalen Kurzfilmtage oder kontaktlose Aufführungen, wie Prinzessinnendramen und Camus' „Pest“ als mehrteilige Onlineserie des Theaters Oberhausen.

Die Menschen, die im Kunst- und Kulturbetrieb beschäftigt sind, erlangten während der Pandemie erst langsam eine öffentliche Aufmerksamkeit. Auch ohne Covid-19 sind diese Berufe nicht selten mit prekären Lagen belastet, die sich durch die Einschränkungen potenzieren. Wir GRÜNE fordern daher in der Ratsitzung im Juni, dass der Oberbürger-

meister, demnach die Verwaltung, mit anderen Kommunen in NRW einen Rettungsschirm für Künstler*innen erwirken soll. Warum ist dieser nötig?

- Damit Kunst- und Kulturschaffende die vom Bund zur Verfügung gestellte „Corona-Soforthilfe für Kleinunternehmen und Soloselbstständige“ für ihre Lebenshaltungskosten einsetzen können
- analog zu den Bestimmungen in Baden-Württemberg, wo Soloselbstständige auf Antrag pauschalisierte Kosten für ihren Lebensunterhalt erhalten.

Das Land NRW ist zwar mittlerweile eingesprungen, indem diese Gruppe nun für März und April jeweils 1000 Euro als Unternehmerlohn zu den Betriebskosten zählen kann. Das ist aber kein Zustand, mit dem wir uns zufrieden geben können.

- Damit zusätzliche Kosten für die spätere Wiederholung von Veranstaltungen nicht den Zuwendungsempfänger*innen aufgebürdet werden, bereits



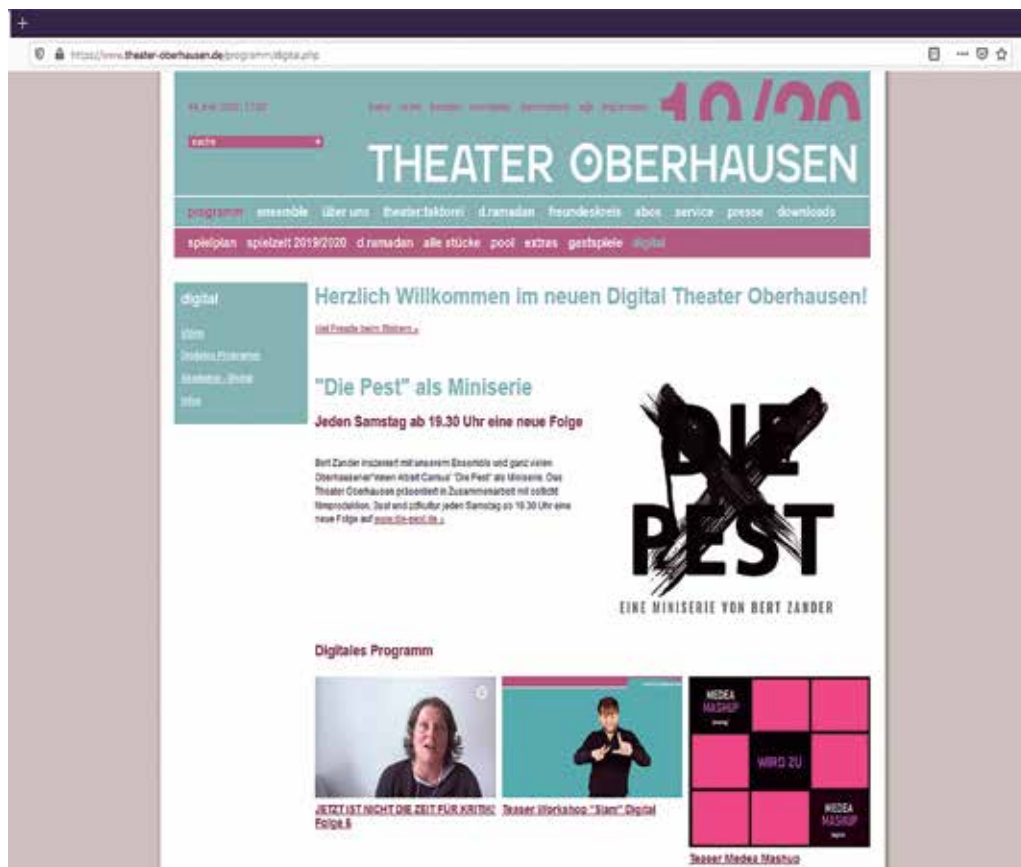
verausgabte Gelder nicht zurückgefordert werden, bedarf es Anpassungen im Zuwendungs- und Haushaltsrecht. Neben Mietstundungen muss es auch die Möglichkeit von Mietschlüssen für öffentliche Immobilien und Liegenschaften geben, wenn Kultur-Mieter*innen infolge der Corona-Krise in eine wirtschaftliche Notlage geraten sind.

- Damit die Bundesregierung einen Fonds für die weiterhin geschlossene Kreativ- und Veranstaltungswirtschaft einsetzt, der die kulturelle Infrastruktur in den Kommunen sichert, sowohl in Bezug auf die Freie Szene, die Kreativwirtschaft als auch die kulturellen Institutionen.

- Damit die Landesregierung Kreativschaffende einlädt, Konzepte zu diskutieren und weiterzuentwickeln, wie trotz der erhöhten Hygieneanforderungen wieder Kulturveranstaltungen angeboten werden können.

- Damit die Landesregierung einen Fonds zur Förderung digitaler Kulturformate auflegt, um Kulturschaffenden neue Perspektiven zu eröffnen.

Andreas Gadde
Bürgermitglied im Kulturausschuss



Die GRÜNEN in Oberhausen fordern von der Landesregierung finanzielle Unterstützung für die Kommunen zur Bewältigung der Corona-Krise. In diesem und im nächsten Jahr werden die Städte massive Einnahmeausfälle bei der Gewerbesteuer und – aufgrund zurückgehender Einnahmen bei den sogenannten Verbundsteuern – auch bei den Schlüsselzuweisungen verkraften müssen. Bislang hat die schwarz-gelbe Landesregierung noch nichts Konkretes unternommen, um den NRW-Kommunen unmittelbar finanziell zu helfen.

Die Gewerbesteuer ist die Haupteinnahmequelle der Städte und Gemeinden in Deutschland. Sollte hier auch nur ein Drittel der bisherigen Einnahmen wegbrechen, würde dies unweigerlich die Zahlungsunfähigkeit für den Großteil aller Kommunen bedeuten. Gleichzeitig werden viele der erforderlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Virus vor Ort in den Kommunen umgesetzt. Das Land NRW kann es sich also weder aktuell noch in Zukunft leisten, die kommunale Ebene mit ihren Problemen allein zu lassen. Umso verwunderlicher ist es,

dass die schwarz-gelbe Landesregierung bislang nur sehr zögerlich agiert.

Wir schließen uns daher der Forderung der GRÜNEN Fraktion im Landtag NRW nach einem Soforthilfe-Programm an. Dies sieht unter anderem die sofortige Liquiditätssicherung der Kommunen und direkte Finanzhilfen zur Abfederung der Steuerausfälle vor. Auch die städtischen Unternehmen, die zum großen Teil Träger der Daseinsvorsorge sind, müssen an dem vom Land eingerichteten Sonderprogramm teilnehmen können.

Wir fordern, dass das Land die Kosten der Elternbeiträge für ausgefallene Betreuungszeiten in Kindertageseinrichtungen und Ganztagsbetreuung an Schulen vollständig übernimmt. Zudem muss die Erhöhung der Integrationsmittel für Geflüchtete von Schwarz-Gelb endlich umgesetzt werden.

Die Corona-Krise führt uns allen vor Augen, wie wichtig handlungsfähige Kommunen sind. Deshalb dürfen die Bemühungen um eine auskömmliche kommunale Finanzausstattung und die



sich jetzt nach wie vor bietende historische Chance zur nachhaltigen Lösung der Altschuldenproblematik nicht in den Hintergrund treten.

Damit unsere langjährigen Anstrengungen zur Konsolidierung der Haushalte nicht komplett umsonst waren, muss die Landesregierung jetzt endlich einen Altschuldenfonds auf den Weg bringen.

Regina Wittmann
finanzpolitische Sprecherin





Foto: schow999 - stock.adobe.com

Kritisch die Bewerbung für Olympische Spiele 2032 begleiten

Dem Verwaltungsvorschlag, dass Oberhausen die Initiative „Rhein-Ruhr-City 2032“ begrüßt, die eine Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2032 im Verbund mit 14 Städten des Landes NRW anstrebt, unter denen auch Oberhausen sein soll, steht die GRÜNE Ratsfraktion erst einmal offen gegenüber. „Wir sind aber

der Ansicht, dass solcherlei Großveranstaltung stets kritisch bewertet werden müssen. Und eine gute Kritik betrachtet, vor allem beim Thema Olympia, beide Seiten einer Medaille“, erklärt Fraktions-

sprecher Andreas Blanke. Daher sehen die Oberhausener GRÜNEN, dass Olympische und Paralympische Spiele Begegnungen verschiedener Menschen aus unterschiedlichsten Herkunftsländern und Kulturen schaffen: im Olympischen beziehungsweise Paralympischen Dorf, bei den Wettkämpfen, zudem auf den Rängen zwischen Fans. „Wir sehen aber auch, dass einzelne Austragungsorte dem Gigantismus mit Zwangsumsiedlungen und Umweltzerstörungen verfallen sind. Außerdem erschüttern immer neue Korruptionsaffären den Sport“, so Blanke. „Daher ist es wichtig, schon jetzt, wo es für Oberhausen um eine Interessensbekundung geht, Weichen in die richtige Richtung zu stellen.“

Die GRÜNE Ratsfraktion beantragt daher in der kommenden Ratssitzung, dass die von der Oberhausener Verwaltung signalisierte Unterstützung der Bewerbung für die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2032 folgende Rahmenbedingungen berücksichtigt:

- Alle für Oberhausen zu erwartenden Kosten für die Durchführung der Spiele - für Infrastruktur, Investitionen, die ohne die Spiele nicht angefallen wären als auch solche, die ohnehin getätigt werden müssen - werden von Anfang an den Bürgerinnen und Bürgern durch Beteiligung am Prozess transparent gemacht.

- Eine ausreichende Übernahme der Kosten, die für die Kommune anfallen, muss vorab verbindlich zwischen Kommune, Land und Bund geregelt werden.
- Es muss ein Verkehrskonzept geplant werden, das eine Verbesserung der ÖPNV-Infrastruktur hinsichtlich Komfort, Schnelligkeit und Preisgünstigkeit beinhaltet, und die Region auch nach den Spielen besser verbindet.

„Nur unter Berücksichtigung dieser im Vorfeld klar formulierten Punkte, können wir GRÜNEN uns mit ruhigem Gewissen den positiven Begleiterscheinungen eines solchen sportlichen Großereignisses widmen“, stellt Andreas Blanke fest.

Impressum

**BlattGRÜN – Magazin
der GRÜNEN Ratsfraktion Oberhausen**
Ausgabe 01/2020

Herausgeber:

DIE GRÜNEN IM RAT/
Grün-Offene Liste in Oberhausen

V.i.S.d.P.:

Stefanie Schadt (st)

Kontakt Redaktion:

E-Mail: fraktion@gruene-oberhausen.de
DIE GRÜNEN IM RAT/Grün-Offene Liste
in Oberhausen
Elsässer Straße 19, 46045 Oberhausen
Tel.: 0208.820296
Fax : 0208.82029-80

Druck:

45.000 Exemplare,
Rheinisch-Bergische Druckerei GmbH,
Zülpicher Straße 10, 40196 Düsseldorf,
auf 100 % Recycling-Papier, CO₂-zertifiziert



Aus dem Dezernat

Unsere GRÜNE Dezernentin für Umwelt, Gesundheit und Mobilität, Sabine Lauxen, berichtet im Folgenden, dass sich in ihrem Dezernat noch viel tut, obwohl parallel massive Aufgaben durch die Corona-Pandemie zu bewältigen sind.

In den letzten zwei Jahren konnten wir es am eigene Leib spüren: Es wird immer heißer und immer trockener. Insbesondere ältere Menschen oder Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen haben unter den Hitzesommern gelitten. Deshalb gibt es nun einen Wegweiser für die Bürger*innen von Oberhausen, was man an heißen Tagen und schwülen Nächten tun kann und was man lassen sollte. Einfache Tipps, die viel bewirken!

Und auch die Natur ist längst nicht so gut mit den warmen Temperaturen klar gekommen, wie mancher uns glauben machen will. Insbesondere die Jungbäume können mit den Temperaturen und dem Wassermangel schlecht umgehen. Deswegen werden wir in Oberhausen zukünftig Jungbäume öfter und länger bewässern und mit sogenannten Giesringen versehen. Damit wird sichergestellt, dass die Bäume die Trocken- und Hitzeperiode, die auch für 2020 erwartet wird, gut überstehen. Außerdem werden wir bei Straßenbauarbeiten immer prüfen, ob man Baumrigolen - also unterirdische Wasserspeicher bauen kann. Damit schaffen wir eine dauerhafte Möglichkeit, dass sich die Bäume mit Wasser versorgen.

Oberhausen wird fahrradfreundlich - Schritt für Schritt

Mit dem Umbau der Teutoburger Straße haben wir in Oberhausen ein wichtiges Signal gesetzt: Sichere, breite und durchgängige Fahrradangebote können auch im Bestand umgesetzt werden. Und das honorieren Tag für Tag immer mehr Radfahrer*innen. Damit haben wir auch gezeigt, dass mit attraktiven Angeboten die Menschen weg vom Auto und hin zum Fahrrad wollen. Das Land hat unser Ansatz überzeugt und wir haben die Zusage, dass 80 Prozent der Kosten übernommen werden.

Mit dem Umbau der Bebelstraße werden wir einen weiteren wichtigen Schritt hin zur umweltfreundlichen Mobilität machen: Dort werden wir zwei Autospuren den Fahrradfahrer*innen zur Verfügung stellen. Gut abmarkiert, breit genug und in den Kreuzungsbereichen sicher - so werden zukünftig Fahrradfahrer*innen dort unterwegs sein. Hier setzen wir ein eindeutiges Signal für den Vorrang von umweltfreundlichen Fortbewegungsmitteln.

Bismarkviertel

Wer kennt es nicht: Vor der Haustür gibt es keinen sicheren Abstellplatz für das Fahrrad, im Innenhof auch nicht - dann bleibt nur noch der Weg in den Keller. Die Kellertreppen sind in der Regel steil und schmal und wenn man sich dann morgens nach dem Tee oder Kaffee überlegt: Schleppe ich das Fahrrad hoch oder setze ich mich doch in das vor der Haustür stehende Auto, siegt oft die Bequemlichkeit. Das soll sich ändern. Für das Bismarkviertel haben wir einen Förderantrag gestellt, um flächendeckende und sichere Abstellmöglichkeiten zu schaffen. Fahrradbügel, Mobilstationen sollen demnächst das Viertel prägen. Und wer nicht mit dem Auto zum Einkauf fahren möchte, allerdings auch nicht den schweren Einkauf nach Hause schleppen kann, der wird zukünftig die Möglichkeit haben, alles mit einem gemieteten e-Lastenfahrrad bequem zu bewegen. Unser Ziel ist es, solche vernetzten Mobilitätsangebote in ganz Oberhausen zur Verfügung zu stellen.

Mit neun Millionen alle Lehrschwimmbecken energetisch sanieren

Die sieben Lehrschwimmbecken in Oberhausen, die sich großer Beliebtheit bei Schulen und Vereinen erfreuen, werden in den nächsten zwei Jahren energetisch runderneuert. Das ist auch dringend notwendig, denn obwohl sie nur 2 Prozent des Gebäudebestandes ausmachen, sind sie für 13 Prozent des CO₂-Ausstoßes und 14 Prozent des Energieverbrauches verantwortlich. Das



wird sich nach der Sanierung deutlich ändern und wir werden dann zeigen, dass es möglich ist, Klimaschutz auch im Gebäudebestand erfolgreich zu betreiben! Außerdem kann die in der Vergangenheit regelmäßig geführte Diskussion, ob zur Senkung der städtischen Ausgaben einzelne Lehrschwimbäder in Oberhausen zu schließen seien, beendet werden. Ganz im Gegenteil, nach der Sanierung werden die Kosten für die Lehrschwimmbecken um 300.000 Euro pro Jahr geringer sein!

Neben klassischen Maßnahmen der energetischen Sanierung, wie Wärmedämmung der Gebäudeaußenhülle oder Erneuerung der Beleuchtung, werden auch Solarthermieranlagen zur Unterstützung der Heizungen in den Schwimmbädern verbaut. Außerdem wird die Technik, die teilweise seit den 1960er Jahren nicht mehr modernisiert wurde, auf einen aktuellen Stand gebracht. Bisher ist die Heizungs-, Lüftungs- und Schwimmbadtechnik nicht regelbar. Nach der Sanierung wird die Technik nicht nur bedarfsgerecht automatisiert steuerbar sein, die Steuerung und darüber hinaus auch die Wartung der Anlagen werden digitalisiert und damit aus der Ferne möglich. Durch die Sanierung sind Energieeinsparungen von gut fünf Millionen Kilowattstunden pro Jahr möglich. Die Einsparung entspricht dem durchschnittlich jährlichen Energieverbrauch von rund 350 Haushalten. Neben finanziellen Vorteilen für die Stadt Oberhausen kann der CO₂-Ausstoß mit der Maßnahme um über 1.600 Tonnen im Jahr gesenkt werden.



Vorfahrt für **RÄDER UND BUSSE**

